

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 22 (1947)
Heft: 6

Artikel: Kantonal-zürcherische Vorschrift zur Wohnbauförderung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-101893>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

im Vorjahr auf 35,3 % gesunken, während derjenige des subventionierten Wohnungsbaues von 62,4 % auf 64,6 % weiterhin etwas angestiegen ist. Auf Kleinwohnungen (mit 1—3 Zimmern) entfallen 46,9 % aller Neuerstellungen gegenüber 51,4 % im Vorjahr.

Durch Umbauten sind im Berichtsjahr 815 Wohnungen entstanden (Vorjahr 714) und durch Abbrüche usw. 409 Wohnungen (234) in Wegfall gekommen. Der Reinzugang beträgt somit 11 428 Wohnungen, 28,5 % mehr als im Vorjahr.

Die Zahl der im Berichtsjahr baubewilligten Wohnungen beläuft sich auf 21 161 und übersteigt damit die entsprechenden Vergleichszahlen sämtlicher Jahre seit 1931. Sie ist um 58,7 % höher als die Vorjahreszahl und übertrifft um 3,2 % die bis dahin höchste Zahl an Baubewilligungen vom Jahre 1931 (20 495). Die großen Landgemeinden im besonderen, aber auch die kleinen Landgemeinden und die Städte mit 10 000—100 000 Einwohnern sind für die Zunahme an Baubewilligungen ausschlaggebend. Während sich der Anteil der Landgemeinden am Total aller Bauvorhaben von 32,4 % auf 40,8 % erhöhte, hat sich derjenige der Großstädte von 39,3 % auf 29,7 % gesenkt. Trotz dieser Entwicklung sind die Einfamilienhäuser anteilmäßig von 32,2 % auf 27,6 % etwas zurückgegangen. Die genossenschaftlichen Bauvorhaben vereinigen 33,6 % der Gesamtzahl (Vorjahr 37,3 %) auf sich, während der Anteil der voraussichtlich öffentliche Finanzbeihilfe genießenden Bauvorhaben von 51,9 % auf 56,7 % angestiegen ist.

Die Zahl der Gebäude ohne Wohnungen ist hinsichtlich der Neuerstellungen von 1972 im Vorjahr auf 2929 und in bezug auf die Baubewilligungen von 2458 auf 4372 angestiegen. Die Zunahme entfällt vor allem auf Garagen, diverse Nebengebäude sowie Fabriken und Werkstattgebäude. Für

Ställe, Scheunen und Ökonomiegebäude dagegen weisen sowohl die Neuerstellungen als auch die Baubewilligungen etwas kleinere Zahlen auf als vor Jahresfrist.

Während in den Gemeinden mit über 2000 Einwohnern die Zahl der neuerstellten Wohnungen sich von 8412 im Jahre 1945 auf 11 022 im Jahre 1946 oder um 31 % erhöhte, stieg die Zahl der Neuerstellungen in den Gemeinden mit 1000 bis 2000 Einwohnern von 1237 auf 1907 oder um 54,2 %. Im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung der Wohnbausubventionierung auch für die kleineren Gemeinden sind für das Berichtsjahr erstmals auch in den Gemeinden mit 1000—2000 Einwohnern die mit öffentlicher Finanzbeihilfe erstellten Wohnungen ermittelt worden. Ihre Zahl beläuft sich auf 1115, 58,5 % der Gesamtproduktion. Die Zunahme der Neubauwohnungen in den kleinen Gemeinden erstreckt sich, mit Ausnahme der Einzimmerwohnungen, auf sämtliche Wohnungsgrößenklassen, so daß deren Anteile an der Gesamtzahl den letztjährigen annähernd entsprechen. Von den 1907 neuerstellten Wohnungen entfallen 1106 oder 58 % (Vorjahr 63,5 %) auf Einfamilienhäuser.

Der Wohnungszugang durch Umbauten beläuft sich auf 493 Wohnungen gegenüber 435 im Vorjahr, der Abgang durch Abbrüche usw. auf 107 Wohnungen (Vorjahr 96). Der Reinzugang beträgt somit 2293 Wohnungen und übertrifft den letztjährigen von 1576 um 45,5 %.

Im Total aller erfaßten Gemeinden mit über 1000 Einwohnern ist die Zahl der Neubauwohnungen von 9649 im Jahre 1945 auf 12 929 im Jahre 1946 oder um 34 % gestiegen. Die Gemeinden mit 1000—2000 Einwohnern vereinigen im Berichtsjahr 14,7 % dieser Gesamtzahl gegenüber 12,8 % im Vorjahr.

Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit in „Die Volkswirtschaft“

Neuordnung der Wohnbauförderung

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 29. April dem Entwurf zu einem *Bundesbeschluß über die Förderung des Wohnungsbaues* zugestimmt und die dazu gehörende Botschaft genehmigt.

Der Bundesbeschluß, der dem Referendum unterstellt wird, *reduziert die Beiträge des Bundes* für den gewöhnlichen Wohnungsbau von 10 auf 5 Prozent und für den sozialen Wohnungsbau von 15 auf 10 Prozent. Der Bund wird in Zukunft ein Drittel, und die Kantone und Gemeinden werden inskünftig zwei Drittel der Subventionen zu tragen haben, da es vor allem Aufgabe der Kantone und Gemeinden ist, den Woh-

nungsbau zu fördern. Erleichterungen für finanzschwache Kantone sind vorgesehen.

Im neuen Bundesbeschluß wird die Wohnbausubventionierung nicht mehr als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme geregelt, sondern sie wird in den Bereich des Familienschutzes gemäß Bundesverfassung, Art. 34 quinquies eingeordnet. Die *jährlichen Aufwendungen* des Bundes belaufen sich trotz der vollzogenen Reduktion der Beiträge noch auf 35 Millionen Franken. Der Bundesbeschluß soll auf den 1. Januar 1948 in Kraft treten.

Kantonal-zürcherische Vorschrift zur Wohnbauförderung

Die Direktion der Volkswirtschaft des Kantons Zürich hat eine auf Grund der gegenwärtig gültigen Bundesvorschriften revidierte «Vorschrift zur Wohnbauförderung nach Arbeitsbeschaffungsrecht im Kanton Zürich (Wohnbauaktion 1946/47)» herausgegeben. Sie ist mit 30. April in Kraft getreten. Sie trägt typischen Übergangscharakter, indem ihre Gültigkeit begrenzt wird «bis zur Umstellung der Wohnbauaktion durch den Bund auf neue Grundlagen». In 60 Paragraphen, auf 27 Seiten, mit 11 Anhängen und unter

Bezugnahme auf 30 eidgenössische und kantonale Erlasse (Beschlüsse, Verfügungen, Kreisschreiben und Weisungen) wird die umfängliche Materie geordnet. Man ist der bearbeitenden Stelle dankbar, daß sie ein Stichwortverzeichnis von dreieinhalb Seiten Umfang beigelegt hat und es so dem Bauherrn oder Architekten erleichtert, sich in der neuen Ordnung der Dinge zurechtzufinden. Im übrigen wird auf den Inhalt zurückzukommen sei.

Förderung des Wohnungsbaues

Im Ständerat hat Dr. Klöti, Zürich, das folgende Postulat eingereicht: «Der Bundesrat wird eingeladen, den eidgenössischen Räten beförderlichst Bericht und

Antrag darüber vorzulegen, wie bezüglich des Wohnungsbaues und der Mietzinse der Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft erfolgen soll.»

Eine neue stadtzürcherische Wohnkolonie

Der Stadtrat von Zürich hat kürzlich im Gemeinderat eine Vorlage in der Höhe von 1 800 000 Franken Gesamtkostenaufwand für die Erstellung von 54 vorfabrizierten Häusern an der Überland- und Saatlenstraße unterbreitet. Der Beschluß soll als dringlich erklärt werden.

Die Beratungen im Gemeinderat von Zürich vom 4. Juni ergaben Zustimmung zu diesem Antrag. Selbstverständlich blieb die Opposition nicht aus. Sie verwies auf den hohen Kubikmeterpreis von Fr. 97.55, beanstandete auch die bauliche Gestaltung und vor allem die langfristige Amortisation. Bemängelt wurde auch die Tatsache, daß die vorfabrizierten Häuser schließlich kaum billiger zu stehen kämen als Massivbauten. Gegenüber diesen Einwänden wies Finanzvorstand

Peter darauf hin, daß auf den 1. Juli statt ihrer 1100, wie erwartet, nur 550 Wohnungen bezugsbereit seien. Für das ganze Jahr sei höchstens mit einer Produktion von 2000 Wohnungen zu rechnen. Das Verfahren Schindler/Göhner wurde gewählt, weil sich damit die Fristen verkürzen lassen. Man braucht aber keineswegs zu befürchten, daß die Häuser nur 30 Jahre lang halten. Auch Bauvorstand Oetiker setzt sich zugunsten der vorfabrizierten Häuser ein, wogegen der Präsident des Gewerkschaftskartells Zürich, O. Schütz, der Meinung ist, es sollte bei diesem einen Beispiel vorfabrizierter Häuser sein Bewenden haben.

In der Abstimmung wurde der Vorlage des Stadtrates mit 81 gegen 24 Stimmen, die auf ein reduziertes Projekt entfielen, der Vorzug gegeben.

ZUM GENOSSENSCHAFTSTAG

Ein Aufruf zum Genossenschaftstag 1947

Die Sektion Zürich des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen erläßt folgenden Aufruf an ihre Mitglieder:

Sie stehen mitten in den Vorarbeiten für den am 5. Juli 1947 stattfindenden Genossenschaftstag. Gestatten Sie uns, Sie daran zu erinnern, daß die diesjährige Feier auf einen denkwürdigen Tag fällt. Am 5. und 6. Juli hat das Schweizervolk darüber zu befinden, ob seine betagten Leute, die Witwen und die Waisen inskünftig auf einen namhaften Schutz durch die Solidarität der Mitbürger zählen können, oder ob sie weiterhin in ihrer Not nur auf sich selbst oder das harte Armenbrot angewiesen sind.

Für uns Genossenschafter ist eine bejahende Stellungnahme zur Gesetzesvorlage selbstverständlich, und es ist unsere Pflicht, gerade an unserem Feiertag alle Genossenschafter zum Gang an die Urne aufzufordern, damit sie mit ihrem *Ja* dem Gesetz über die Alters- und Hinterbliebenenversicherung zu einer wichtigen Annahme verhelfen.

Die Stimmabgabe muß persönlich erfolgen, da eidgenössische Abstimmungen unter keinen Umständen eine Stellvertretung zulassen. Kein Genossenschafter darf daher vom Urnengang fernbleiben.

Wir bitten Sie, Ihre Referenten zu ersuchen, in ihren Ausführungen auf die Wichtigkeit der Vorlage und die Pflicht zum Urnengang aufmerksam zu machen. Sofern keine solchen zugezogen werden, bitten wir Sie, diese Aufgabe auf geeignete Weise selbst zu übernehmen.

Zum Genossenschaftstag wünschen wir Ihnen vollen Erfolg!

Mit Genossenschaftsgrüßen

*Sektion Zürich
des Schweizerischen Verbandes
für Wohnungswesen*

Der Präsident: Der Aktuar:
Baldinger Baumann

Der Genossenschaftstag soll an Ausdehnung gewinnen . . .

Das war die Anregung des Sektionsvorstandes Zürich des Verbandes für Wohnungswesen in Nr. 12/1946 des «Wohnen». Im gleichen Quartier liegende Genossenschaften sollen die Verbindung miteinander aufnehmen und den Tag *geschlossen*

miteinander feiern. Was dabei dem Sektionsvorstand vorschwebte, wurde nicht gesagt. Vielleicht ein Demonstrationszug mit Musik, Pauken und Trommeln, ein Meeting auf einer Spielwiese, ein Waldfest oder bei Regenwetter eine Zusam-